

## **Antrag**

**der Abgeordneten Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Ottmar von Holtz, Margarete Bause, Kai Gehring, Dr. Tobias Lindner, Agnieszka Brugger, Katja Keul, Luise Amtsberg, Dr. Franziska Brantner, Uwe Kekерitz, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Britta Haßelmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Friedensbemühungen im Jemen intensivieren – Humanitäre Lage verbessern**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 2019 bezeichnen die Vereinten Nationen die Lage im Jemen als die derzeit schlimmste humanitäre Katastrophe weltweit. Etwa 24 Millionen Menschen und damit 80% der Bevölkerung des Jemen benötigten im Herbst 2020 humanitäre Hilfe oder Schutz. Allein im südlichen Teil stieg die Zahl der Fälle von Kindern unter fünf Jahren mit akuter Mangelernährung auf fast 600.000 und damit auf den höchsten je dort gemessenen Stand. Etwa 100.000 dieser Kinder droht ohne Behandlung der Tod. Zudem ist das nur noch rudimentär funktionsfähige Gesundheitssystem im Jemen nicht in der Lage, mit dem sich ausbreitenden Corona-Virus, Polio-, Masern-, Malaria- und insbesondere großen Cholera-Ausbrüchen zurecht zu kommen. Zwischen Januar und August 2020 sind im Jemen ca. 183.000 Menschen an der Cholera erkrankt. Überflutungen durch starke Regenfälle und eine Heuschreckenplage haben die ohnehin dramatische Situation 2020 noch weiter verschlimmert. Die Vereinten Nationen schätzen, dass durch den Krieg, Krankheiten und Mangelernährung bisher über 230.000 Menschen getötet wurden. Der Krieg im Jemen hat zudem zu ca. 3,7 Millionen Binnenflüchtlingen geführt.

Der mit dem Einmarsch der Houthi-Rebellen Ende 2014 in der Hauptstadt Sanaa begonnene ursprünglich innerjemenitische Krieg ist infolge der militärischen Intervention der von Saudi-Arabien (und zu Beginn auch den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE)) geführten Staatenkoalition, die die international anerkannte Regierung um Präsident Abdrabbuh Mansur Hadi unterstützt, weiter eskaliert und hat zunehmend Stellvertretercharakter angenommen. Dabei unterstützt Saudi-Arabien die Regierung Hadi und die VAE – wenngleich seit Abzug des Großteils der eigenen Truppen im Oktober 2019 in geringerem Umfang – den Southern Transitional Council (STC), der für die Unabhängigkeit des südlichen Jemen eintritt. Im August 2019 brachen offene Kämpfe zwischen Hadi-treuen Truppen und Truppen des STC aus, der bis dato ebenfalls mit der international anerkannten Regierung verbündet war. Laut der Hadi-Regierung haben die VAE die Truppen des STC nicht nur unterstützt, sondern zum Teil

kontrolliert. Ein VN-Expertenbericht vom Januar 2020 listet eine Reihe weiterer jemenitischer militärischer Akteure auf, über die die VAE Kontrolle ausgeübt haben. Experten gehen davon aus, dass die Unterstützung der VAE für den STC bis heute andauert. Iran wiederum hat im Verlauf des Konflikts zunehmend eskalierend die Houthis unterstützt. Zudem versucht die Türkei, Einfluss auf einige jemenitische Akteure zu gewinnen, die in einem angespannten Verhältnis zu Saudi-Arabien und den VAE stehen. International wurde der Staatenkoalition um Saudi-Arabien insbesondere von den USA durch Waffenlieferungen, Luftbetankung, Aufklärung, Zielfindung und Geheimdienstinformationen zur Seite gestanden. Aber auch Frankreich und Großbritannien unterstützten die Anti-Houthi-Koalition. Die Fragmentierung der Unterstützer Hadis hat schließlich zu einer zunehmenden Schwächung des Präsidenten im Kampf gegen die Houthis geführt, so dass Hadi heute über weite Teile des Jemen nur noch geringe Kontrolle ausübt.

Der zentrale Grund für die desaströse humanitäre Lage im Jemen ist zunächst das Kampfgeschehen selbst. Eine Auswertung des Yemen Data Project dokumentiert, dass die von Saudi-Arabien angeführte Anti-Houthi-Koalition zwischen März 2015 und März 2020 durchschnittlich elf Luftangriffe pro Tag geflogen hat, wobei durchschnittlich fünf Zivilisten pro Tag getötet wurden. Im selben Zeitraum wurden 83-mal medizinische Einrichtungen und 281-mal Schulen und Universitäten bombardiert. Etwa zehn Prozent der Bombardements trafen Wohngebiete. Zivile Fahrzeuge und Busse wurden 341-mal, zentrale Infrastruktur zur Versorgung von Wasser und Strom 134-mal getroffen. Eine Studie der World Peace Foundation von 2018, die die durch die Bombardements verursachten Schäden von Bauern, Schäfern und Fischern sowie die Angriffe auf Nahrungsmittelverarbeitung, Lager- und Transportkapazitäten in städtischen Räumen analysiert hat, dokumentiert zudem ein Muster, das sehr stark darauf hindeutet, dass die Bombardements der Koalition bewusst darauf abzielten, die Nahrungsmittelproduktion und-verteilung in Gebieten unter Houthi-Kontrolle zu zerstören. Das Expertengremium der Vereinten Nationen für den Jemen betont in einem Bericht vom September 2020, dass Mitglieder der Anti-Houthi-Koalition, vor allem von Saudi Arabien, Luftangriffe durchgeführt haben, die vermutlich Kriegsverbrechen darstellen. Mitgliedern der Koalitionskräfte sind dem Expertenbericht zufolge vermutlich auch Kriegsverbrechen wegen wahllosen Beschusses durch indirektes Feuer zuzurechnen.

Auch auf Seiten der Houthis dokumentieren die VN-Expertinnen und Experten zahlreiche schwerwiegende Indizien für Kriegsverbrechen. Dazu zählen Fälle von wahllosem Beschuss ziviler Einrichtungen einschließlich Krankenhäuser durch Granaten und Raketen. Der Bericht geht auch davon aus, dass die Houthis vermutlich Anti-Personenminen eingesetzt sowie die für die Nahrungsmittelversorgung des Jemen sehr wichtigen Getreidemühlen und -Speicher in der Hafenstadt Hodeida beschossen und zum Teil auch vermint haben. Außerdem greifen die Houthis auch Saudi-Arabien immer wieder mit ballistischen Raketen und Drohnen an. Dabei wurden Einrichtungen der Öl- und Gasindustrie, zivile Verkehrsinfrastruktur sowie militärische Ziele angegriffen. Bei Angriffen wurden auch Zivilistinnen und Zivilisten getötet.

Besonders problematisch ist, dass fast alle in den Jemenkrieg involvierten Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Saudi-Arabien Waffen aus europäischer und deutscher Herstellung beziehen. Zahlreiche Berichte belegen, dass solche Waffen ihren Weg in den Jemen gefunden haben oder von europäischen oder regionalen Unterstützern der Koalition dort eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat 2018 zwar einen temporären Rüstungsexportstopp gegen Saudi-Arabien verhängt und diesen bis Ende 2021 verlängert, nicht jedoch gegen andere Mitglieder der Anti-Houthi-Koalition wie Ägypten oder die VAE. So genehmigte die Bundesregierung im Jahr 2020 an Ägypten Rüstungsexporte in Höhe von 752 Millionen Euro, an die VAE von 51 Millionen Euro. Außerdem wird ein wesentlicher Teil der Munition, die im Jemen zum Einsatz kommt, über Tochterunternehmen und Beteiligungen im Ausland, z. B.

In Italien und Südafrika, an am Jemenkrieg beteiligte Staaten geliefert. Dies ist möglich, weil solche Lieferungen nicht unter die deutsche Genehmigungspflicht fallen. Mitte November 2020 gab es Medienberichte, wonach die VAE Waffen an Truppen des STC in Abyan geliefert haben. Truppen des von den VAE auch finanziell unterstützten STC haben Mitte 2020 zudem die jemenitische Insel Socotra übernommen, auf der die VAE Berichten zufolge jetzt eine Spionagebasis errichten wollen. Auch der Iran liefert Waffen und Waffentechnologie an die von ihm unterstützten Houthis und heizt so den Konflikt weiter an. So sagte ein General der iranischen Streitkräfte im September 2020, dass Iran waffentechnologische Expertise mit den Houthis teile. Ein Expertenbericht der Vereinten Nationen sah es 2018 als belegt an, dass von den Houthis eingesetzte Drohnen aus dem Iran stammen. Auch ballistische Raketen und Bestandteile weiterer Waffen kommen dem Bericht zufolge aus dem Iran. Zusätzlich unterstützt die eng mit Iran verbündete Hisbollah die Houthis mit Militärberatern.

Neben dem Kampfgeschehen ist vor allem die Blockade und die Behinderung humanitärer Hilfe ein wesentlicher Grund für die desaströse Situation der Menschen im Jemen. Einem Human Rights Watch Bericht vom September 2020 zufolge behindern sowohl die von Saudi-Arabien geführte Koalition als auch die Houthis Hilfslieferungen in den jeweils von ihnen kontrollierten Gebieten. So verweigern die Houthis humanitären Organisationen regelmäßig Bedarfsprüfungen, durch die die Zahl und das Gebiet der Hilfsempfänger für verschiedene Hilfskategorien bestimmt werden. Ebenso versuchen Houthi-Behörden die Listen mit den Namen der Hilfe-Empfangenden zu manipulieren. Ziel dieser Maßnahmen ist es, Kontrolle darüber zu erlangen, wer humanitäre Hilfen erhält und wer nicht. Immer wieder bestehen die Behörden im Nordjemen auch auf Vergabe von Projekten, einschließlich des Monitorings der Projektumsetzung, an Geschäftsleute und Subunternehmer mit engen Verbindungen zu den Houthi-Behörden. Andere genutzte Instrumente sind das Erschweren der Einreise von Personal von Hilfsorganisationen, Reisebeschränkungen innerhalb des Jemen sowie das Blockieren von Schiffscontainern in Häfen bei gleichzeitiger Erhebung von horrenden Lagergebühren und anschließend überhöhter Mieten für notwendige Transportfahrzeuge. Eine von den Houthis geplante 2%-Steuer auf Hilfslieferungen wurde infolge starken internationalen Drucks fallen gelassen. Selbst Gewalt gegen Hilfspersonal und Hilfseinrichtungen wurde wiederholt gemeldet. Diese Behinderungen humanitärer Hilfe durch die Houthis spiegeln sich auch in der durchschnittlichen Zeit wider, die vergeht, bis ein Hilfsprojekt von den Behörden genehmigt wird. UNOCHA schätzt diese Zeitspanne für den von den Houthis kontrollierten Nordjemen auf 140-150 Tage ein – im Gegensatz zum Südjemen, wo mit etwa 80-90 Tagen kalkuliert werden muss. Die Behinderung von humanitärer Hilfe war zeitweise derart stark, dass UN-Organisationen sich entschieden, ihre Arbeit vorübergehend einzustellen. Gerade auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist katastrophal. Es mangelt sowohl an Personal als auch an der nötigen Ausstattung mit, zum Beispiel, Medikamenten, Verbandszeug oder Operationsbesteck. Auch die Hygienebedingungen in den wenigen verbliebenen Krankenstationen sind sehr bedenklich.

Doch auch in Gebieten, die von der international anerkannten Regierung und dem STC kontrolliert werden, kommt es laut Human Rights Watch zu Behinderungen humanitärer Hilfe - allerdings in geringerem Umfang und weniger systematisch. Im Januar 2020 berichtete das Expertengremium der VN für den Jemen, dass die international anerkannte Regierung Medikamenten- und Nahrungslieferungen im Hafen von Aden zwischen 16 und 169 Tagen ohne Begründung festgehalten hat, wodurch Teile der Nahrungsmittel verderben. Weitere Behinderungen umfassten Verzögerungen bei der Ausstellung von Reisegenehmigungen innerhalb des Jemen, Einmischung oder Ablehnung von Bedarfsprüfungen, Einschüchterung von humanitären Helfern sowie Versuche, Daten zu manipulieren oder Anteile an auszuliefernden Hilfsgütern zu erpressen. Auch kam es zu Bestechungsversuchen und Verzögerungen bei der Gewährung von Visa an humanitäres Personal.

Ein zentrales Hindernis für humanitäre Hilfe bleibt zudem die nach wie vor bestehende See-, Luft- und Landblockade durch die von Saudi-Arabien geführte Anti-Houthi-Koalition. Zwar sollten die eingeführten Inspektionsmechanismen die Einfuhr humanitärer Güter über den blockierten Seeweg erleichtern. Tatsächlich führt die Blockade - dem Expertengremium der VN für den Jemen zufolge - jedoch auch nach Einführung dieser Mechanismen zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Jemen und trägt so erheblich zur derzeitigen humanitären Katastrophe bei. Auch die Schließung des Flughafens in Sanaa für kommerzielle Flüge ist in diesem Kontext – trotz kurzzeitiger Öffnungen – zu bewerten.

Eine Folge der Behinderung von humanitären Hilfslieferungen ist auch ein erheblicher Rückgang der Bereitschaft einiger Geber, finanzielle Mittel für den Jemen bereit zu stellen. Ende November 2020 waren laut UNOCHA erst 1.82 Mrd. USD des UN-Aufrufs für den Jemen von insgesamt 3.38 Mrd. USD überwiesen, was dazu geführt hat, dass bis Ende Oktober 31 der 41 großen humanitären VN-Projekte eingestellt oder im Umfang reduziert werden mussten. Die zugesagten finanziellen Hilfen der USA haben sich mit ca. 530 Millionen USD im Vergleich zu 2019 (ca. 904 Mil. USD) fast halbiert, was USAID mit der Behinderung und Intransparenz humanitärer Hilfe im von den Houthis kontrollierten Nordjemen begründet hat. Die USA forderten auch die arabischen Golfstaaten auf, ihre Hilfen zu erhöhen und nach humanitären Prinzipien zur Verfügung zu stellen. Der Leiter von UNOCHA, Marc Lowcock, kritisierte insbesondere Saudi-Arabien und die VAE, die als führende Akteure der Militärintervention der Anti-Houthi-Koalition 2015 eine besondere Verantwortung hätten, der jemenitischen Bevölkerung humanitäre Hilfen zur Verfügung zu stellen. So sagte Saudi-Arabien den Vereinten Nationen für 2020 lediglich ca. 321 Mill. USD zu (2019: 1,05 Mrd. USD). Die VAE haben den Vereinten Nationen 2020 bisher überhaupt keine Jemen-Hilfen zugesagt (2019: 420 Mill. USD). Zusätzliche Mittel werden von den Golfstaaten über eigene nationale Hilfsorganisationen vergeben.

Die Menschen im Jemen leiden auch unter schweren Menschenrechtsverletzungen, die nicht unmittelbar mit dem Kriegsgeschehen zu tun haben. Ein Report des VN-Expertengremiums für den Jemen für den VN-Menschenrechtsrat berichtet von zahlreichen solchen Verbrechen auf Seiten aller Konfliktparteien.

So haben Sicherheitskräfte der international anerkannten Regierung Schulen als Militärunterkünfte requiriert, dagegen protestierende Schulkinder verhaftet und gegen diese Verhaftungen intervenierende Personen erschossen. Das Gremium untersuchte und verifizierte zudem Fälle von Verschwindenlassen. Ebenso konnte es Fälle von Männern und Kindern verifizieren, die von der jemenitischen Armee in Maarib schwer gefoltert wurden. Auf Seiten der international anerkannten Regierung und ihrer Verbündeten berichtet der Report zudem von sexueller Gewalt in Gefängnissen sowie der Rekrutierung von Kindersoldaten. Auch Angriffe auf Richter durch mit der international anerkannten Regierung verbündete Milizen wurden dokumentiert.

Fälle von Verschwindenlassen werden auch auf Seiten der Houthis beschrieben. Zudem sind Gefangene in Sanaa und Taiz dem VN-Bericht zufolge häufig schwerer Folter und anderer grausamer Behandlung ausgesetzt gewesen. Auch hat das Expertengremium Fälle von willkürlichen Verhaftungen einschließlich von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern durch die Houthis dokumentiert. Unter den von den Houthis Gefolterten haben sich neben Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Justizangehörige befunden. Das Gremium verifizierte außerdem Fälle von Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt. Kritik übten die VN-Expertinnen und -Experten auch daran, dass die Houthis das Bildungssystem zur Indoktrinierung, Aufstachelung zur Gewalt und zur Rekrutierung von Kindersoldaten missbrauchen. Ein Strafgericht in der von den Houthis kontrollierten Hauptstadt Sanaa hat 2020 zudem vier Houthi-kritische Journalisten nach einem laut Human Rights Watch unfairen und politisch motiviertem Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Auch die Unterdrückung religiöser Minderheiten wie der Bahai durch die

Houthis ist gut dokumentiert. Dazu zählen Todesurteile, Verschwindenlassen, Verhaftungen, Anstachelung zum Hass sowie Enteignungen.

Schwere Menschenrechtsverletzungen wurden laut VN auch von Truppen des von den VAE unterstützten STC begangen. So erschossen deren Milizen (Security-Belt) Menschen, weil sie diese als Verbündete der Houthis betrachteten. Die VN verifizierten zahlreiche Fälle von teils über viele Tage andauernden Vergewaltigungen und anderen Formen von Folter durch Angehörige der STC-Milizen. Dem STC werden auch die Verweigerung fairer Gerichtsverfahren sowie die Rekrutierung von Kindersoldaten vorgeworfen. Auch existieren detaillierte Berichte über ein von den VAE errichtetes Netzwerk an Geheimgefängnissen im Südjemen, in denen Gefangene unter Anwesenheit von Personal der VAE schwer gefoltert wurden.

Große Gefahr für die Bevölkerung des Jemen und die gesamte Region geht außerdem von dem vor der Küste der Stadt Hodeida vor Anker liegenden Öltanker FSO Safer aus. Der Tanker hat ca. eine Million Fass Öl geladen, wurde seit 2015 nicht mehr gewartet und droht auseinanderzubrechen. Die Folge wäre eine Umweltkatastrophe ungeheuren Ausmaßes. Die Vereinten Nationen versuchen seit Langem, von den Houthis die Genehmigung zu erhalten, ein Inspektionsteam auf den Frachter zu entsenden, um das Schiff und seine Ladung zu sichern. Bisher lehnten die Houthis dies ab, weil sie auf die Verkaufserlöse des geladenen Öls nicht verzichten wollen. Ende November erlaubten sie der VN, im Januar/Februar 2021 ein Team an Bord des Tankers zu lassen, um die Schäden zu inspizieren und erste Reparaturen vorzunehmen.

Die Waffenstillstands- und Friedensbemühungen im Jemenkrieg blieben bisher leider ohne nachhaltige Erfolge. Im Dezember 2018 wurde zwar das Abkommen von Stockholm auf internationalen Druck hin unterzeichnet. Implementiert wurde es jedoch bis heute nur in geringem Umfang. So kommt es in der Hafenstadt Hodeida, deren Befriedung eine zentrale Position in dem Abkommen einnimmt, regelmäßig und bis heute zu teils schwerem Beschuss zwischen Einheiten der Houthis und der Koalition. Auch in anderen Teilen Jemens setzen sich die Kampfhandlungen zwischen beiden Parteien fort, insbesondere in der Provinz Maarib, wo sich der Konflikt zu intensivieren droht. Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand, die Wiederaufnahme politischer Gespräche und über die Freilassung von Gefangenen kommen ebenfalls kaum voran. Die einzig positive Entwicklung in diese Richtung war der Austausch von gut 1000 Gefangenen zwischen Houthis und der international anerkannten Regierung im Oktober 2020.

Auch das im November 2019 von der international anerkannten Regierung und dem STC auf Druck von Saudi-Arabien und den VAE hin unterzeichnete Riad-Abkommen, durch das die zwischen beiden Akteuren aufgetretenen Konflikte beigelegt werden sollten, ist trotz mehrfacher Anläufe weiterhin nicht umgesetzt. In den Provinzen Abyan und Taiz kam es immer wieder zu Kämpfen zwischen beiden Parteien – zum Teil mit schweren Waffen. Ende Dezember einigten sich beide – erneut auf Druck Saudi-Arabiens und der VAE – auf die Bildung eines neuen Kabinetts, das dem STC fünf Ministerposten zugesteht. Die wichtigen Ministerien für Inneres, Verteidigung, Auswärtiges und Finanzen bleiben jedoch bei Vertrauten Präsident Hadis. Die Entwicklung ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Differenzen zwischen beiden Akteuren bleiben jedoch groß.

Diese Erfahrungen zeigen, dass internationaler und regionaler Druck zwar zur Unterzeichnung von Abkommen geführt hat, nicht jedoch ihre Umsetzung sicherstellen konnte. Dies liegt vor allem daran, dass die exklusive Fokussierung in den Verhandlungen auf die Houthis und die auf Präsident Hadi zentrierte international anerkannte Regierung seit langem nicht mehr die Realitäten im Jemen widerspiegelt. Die Houthis haben zudem ihren Einfluss seit 2014 sehr stark ausgeweitet und kontrollieren inzwischen die bevölkerungsreichsten Teile des Landes. Die international anerkannte Regierung ist hingegen geschwächt, zunehmend fragmentiert und hat über eine Reihe von Anti-Houthi-Akteuren keine Kontrolle mehr.

Hinzu kommt, dass die Gewalt und ihre dramatischen Folgen besonders Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen trifft, weshalb es beschämend ist, dass ihre wichtige Perspektive von den aktuellen politischen Verhandlungen (Track-1) ausgeschlossen wurde.

Momentum könnten Friedens- und Waffenstillstandsgespräche indes durch die neue US-Administration erhalten. So ist es unwahrscheinlich, dass Joe Biden die US-Unterstützung für das Agieren der von Saudi-Arabien angeführten Anti-Houthi-Allianz in der bisherigen Form fortführen wird. Auch die Iranpolitik der USA dürfte sich verändern. Vor diesen Hintergründen ist auch die Beendigung der seit Juni 2017 bestehenden Katar-Krise im Januar 2021 einzuordnen. Die Wiederannäherung Saudi-Arabiens an Katar ist zwar klar positiv zu bewerten. Doch dürfte sie auch zu verstärkter Rivalität mit den VAE führen. Denn obwohl die Krise offiziell beendet wurde, bleiben die fundamentalen Spannungen insbesondere zwischen den VAE und Katar bestehen. Verstärkte Kooperation zwischen Saudi-Arabien und Katar im Jemen könnte zu Spannungen mit den VAE führen, die sich in Form vermehrter Kämpfe zwischen verschiedenen von Saudi-Arabien und den VAE unterstützten militärischen Akteuren entladen könnten.

- II. Angesichts dieser Situation fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
1. sich dafür einzusetzen, dass der Rahmen, innerhalb dessen die VN Waffenstillstands- und Friedensgespräche geführt werden, ausgeweitet wird und nicht nur Vertreter Präsident Hadis und der Houthis sondern auch weiterer zentraler jemenitischer Akteure umfasst, und dafür – bei Bedarf – das Mandat des VN-Sondergesandten für den Jemen erweitert und eine neue Resolution im VN-Sicherheitsrat verabschiedet wird,
  2. zusammen mit der EU Gespräche mit der neuen US-Administration zu suchen, um arbeitsteilig und unter enger Miteinbeziehung Kuwaits und Omans die VN-Waffenstillstands- und Friedensgespräche voranzubringen,
  3. die am Jemenkrieg beteiligten Staaten, insbesondere Ägypten, die VAE, Saudi-Arabien und Iran, klar als solche zu benennen und ein Rüstungsexportverbot gegen sie zu verhängen, um den im Koalitionsvertrag vom Februar 2018 eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden,
  4. Waffenlieferungen an die Kriegsparteien im VN-Sicherheitsrat zur Sprache zu bringen und gemeinsam mit den Waffenstillstandsgesprächen eine Ächtung dieser Praxis sowie einen Lieferstopp und ein Kontrollregime auszuhandeln,
  5. die am Krieg beteiligten Staaten, insbesondere Saudi Arabien und die VAE aufzurufen, die territoriale Souveränität des Jemen jetzt und für die Zukunft nicht in Frage zu stellen und jegliche Maßnahmen zu unterlassen, die eine Erosion der staatlichen Souveränität nach sich ziehen können (z.B. die die militärischen, geheimdienstlichen und zivilen Installationen der VAE auf der Insel Socotra im Golf von Aden),
  6. die Kriegsparteien aufzurufen, humanitäre Hilfe nicht zu behindern, sie schneller zu genehmigen und die Verteilung gemäß den Prinzipien des humanitären Völkerrechts zuzulassen,
  7. zur Verbesserung der Zugänge für humanitäre Hilfe zusammen mit den EU-Partnern und den USA die Verhandlungsstrategien und Maßnahmen gegen die Behinderung der Arbeit von humanitären Organisationen im Jemen zu bündeln, sowie sich dafür einzusetzen, dass das Expertengremium der Vereinten Nationen für den Jemen eine umfassende Untersuchung zu den Behinderungen humanitärer Hilfe im Jemen und den bisherigen Reaktionen der Hilfsorganisationen und Geberinstitutionen durchführt,

8. sich zusammen mit Deutschlands EU-Partnern und den USA verstärkt für ein Ende der von Saudi-Arabien geführten Blockade einzusetzen,
9. die Empfehlung des Expertengremiums der Vereinten Nationen für den Jemen an den VN-Sicherheitsrat, die Lage im Jemen an den Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen sowie die Liste mit Personen, gegen die Sanktionen des Sicherheitsrats verhängt wurden, zu erweitern, nachdrücklich zu unterstützen,
10. sich für eine verstärkte Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und möglichen Kriegsverbrechen im Jemen durch die Vereinten Nationen im Hinblick auf eine zukünftige Strafverfolgung solcher Verbrechen einzusetzen,
11. sich für mehr Inklusion von zivilgesellschaftlichen Akteuren, jungen Menschen, Frauen und Minderheiten im Track-1 des von den Vereinten Nationen geführten politischen Prozesses einzusetzen,
12. gemeinsam mit den EU-Partnern und in Abstimmung mit den Vereinten Nationen direkte Kontakte mit der Houthi-Führung zu intensivieren und über Anreize, beispielsweise eine stärkere Repräsentierung in Verhandlungen, zu versuchen, die Houthis dazu zu bewegen, die Behinderungen humanitärer Arbeit im Nordjemen aufzugeben, die Menschenrechtslage zu verbessern, mehr Raum für zivilgesellschaftliche Akteure zu gewähren und sich vor diesem Hintergrund auch gegen eine Einstufung der Houthis als Terrororganisation einzusetzen,
13. sich dafür zu engagieren, dass die Ladung des Tankers FSO Safer schnellstmöglich gesichert wird, um eine Umweltkatastrophe zu verhindern.

Berlin, den 26. Januar 2021

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

